

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.



Nr. 42.

Wien, den 18. Oktober 1918.

Abonnementspreis für den Jahrgang 1918 30 Pf. ...

19. Jahrg.

In entscheidender Stunde!

Das deutsche Volk steht in seiner Schicksalsstunde. Jetzt muß es sich entscheiden, ob unser Volk die Kraft besitzt, sich unter den Nationen zu behaupten. Jetzt fällt die Entscheidung ob wir für die Zukunft im Rate der Völker gleichberechtigt sind oder ob wir ein Knechtvolk werden, dem Willen anderer untertan.

Wie es auch kommen mag — die Entscheidung über seine eigne Zukunft liegt beim deutschen Volke selbst. Darauf wird es ankommen, ob das nationale Gleichgewicht unserem Volke nicht verloren ging. Bei Erfolgen und Siegen auf den Schlachtfeldern zeigte sich ja leider oftmals ein Ueberchwang von Empfindungen, zielten Hoffnungen, die bei nüchternen Betrachtung der Dinge nicht verwirklicht zu werden vermochten. Die Zeit hat sich gewendet. Das wandelbare Kriegsglück hat sich auf die Seite unserer Gegner geschlagen. Ueber unseren türkischen Bundesgenossen errangen die Engländer in Kleinasien einen großen Sieg. Noch sind die türkischen Heere bis heute nicht zum Stehen gekommen. Der bulgarische Verbündete ging treulos in das Lager der Feinde über und beugte sich dessen Diktatur. Oesterreich-Ungarn steht in schweren innerpolitischen Kämpfen und harten Ernährungsorgen. Nur mit banger Besorgnis sehen wir in die Zukunft dieses Reiches. Unsere eigenen Heere an der Westfront aber wurden von beklagenswertem Mißgeschick betroffen. Ihren Siegen folgten Niederlagen und ein sich auf einen erheblichen Teil der Front erstreckender Rückzug.

Im Innern Deutschlands aber vollzogen sich politische Umwandlungen, die — man mag sich zu ihnen stellen, wie man will — den Eindruck hervorgerufen haben, daß unser Reichsgebäude nicht auf soliden Grundlagen steht. Unendlich viel Vertrauen ist in den letzten Wochen verloren gegangen.

Und das ist das Schlimme bei der Sache, daß ein erheblicher Teil unseres Volkes bei solchen Wandlungen nicht mehr weiß, woran er ist. Kopflosigkeit und Nervosität sind die äußeren Zeichen der Entwicklung. Der Glaube an Deutschlands und seines Volkes Zukunft geht bei vielen verloren. Schlapp läßt man die Ohren hängen und glaubt nun, daß für Deutschland ein Ende mit Schrecken gekommen sei.

Wie töricht handeln die Volksgenossen, die in unseren Tagen kleinmütig werden und verjagen! Liegt denn da eine zwingende Notwendigkeit vor? Mag das Ausweichen Bulgariens und die Niederlage der Türkei auch unangenehm sein — entscheidend für den Ausgang des Krieges, den das deutsche Volk führt, sind diese Vorgänge nicht. Nicht übersehen darf bei allem werden, daß die am Kriege beteiligten Nationen nicht nur um der Freundschaft mit den anderen Völkern, sondern auch aus eigenen Interessen kämpfen. Der Abfall eines Bundesgenossen ist deshalb für das Schicksal Deutschlands nicht entscheidend. Als die russischen Heere auch noch gegen uns standen, war unsere militärische Lage im Osten bedrohlicher als heute. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß, mag im Osten kommen, was da will, Deutschland seine eigenen Grenzen schützen kann. Und was die deutschen Niederlagen an der Westfront anbelangt, so liegt zur Schwarzseherei wirklich keine Veranlassung vor. Bis heute ist es den Feinden noch nicht gelungen, die deutsche Front zu durchbrechen. Ihr Vormarschkommen beschränkt sich jeweils nur auf wenige Kilometer. Tatsächlich weicht unsere Front vor der feindlichen Uebermacht zurück. Aus den feindlichen Heeresberichten ergibt sich keineswegs die Schlussfolgerung, daß man das deutsche Heere vollständig Herr geworden ist.

Wie die Dinge liegen, vertrauen wir, daß unsere Westfront wieder zum Stehen kommen und daß das Wechselspiel von Vormarsch und Rückzug noch nicht am Ende ist. Nach wie vor erscheint uns das deutsche Volk militärisch unbesiegbar. Diese Unbesiegbarkeit wird zur Gewissheit, wenn die neue, durch das Vertrauen der Mehrheit des Volkes getragene Regierung, eine Politik verfolgt, die dem deutschen Volke einen baldigen ehrenvollen Frieden der Verständigung bringen soll. Gelingt es nicht, unsere Gegner für einen solchen Frieden zu gewinnen, so wird der deutsche Horn Wunder wirken und die Einheitlichkeit der Volksgesinnung derart kräftigen, daß auch der härteste Vernichtungsmittel der Feinde an ihr zerplatzen muß.

Das deutsche Volk will den Frieden. Aber keinen Frieden nach einem Zusammenbruch Deutschlands. Lieber tot als Knecht! Das ist die einmütige Auffassung aller ehrliebenden Volksgenossen!

Erleichterungen für die Handwerkslehre.

In Nr. 34 des „Holzarbeiter“ wurde darauf hingewiesen, daß eine vermehrte Ausbildung gelernter Arbeiter für die wirtschaftliche Zukunftsentwicklung Deutschlands ein dringliches Gebot ist. Nach Lage der Dinge sei aber Vorbedingung für den Zutrom zu gelernten Berufen, daß wirtschaftliche Erleichterungen für die Eltern der Lehrlinge geschaffen würden. Insbesondere sei eine Erhöhung der sog. Kostgelder der Lehrlinge vonnöten.

Erfreulicherweise hat die Berliner Handwerkskammer in dem hier geäußerten Sinne zu der Angelegenheit Stellung genommen und in ihrer Sitzung vom 23. Sept. d. J. folgende Beschlüsse aufgestellt, die der Beachtung der Lehrherren empfohlen werden:

„1. a) Die in den einzelnen Handwerken bisher übliche Lehrzeit soll unter Berücksichtigung des erreichten Ausbildungsgrades mit Genehmigung des Vorstandes der Handwerkskammer mehr als bisher gekürzt werden; b) besonders soll den in Kriegsbetrieben mit praktischer Arbeit beschäftigt gewesenen Jugendlichen die dort verbrachte Zeit je nach Lage der Verhältnisse ganz oder zum Teil auf die Lehrzeit angerechnet werden; c) die gleiche Vergünstigung ist denjenigen Lehrlingen zu gewähren, welche ihre Lehrzeit wegen Einberufung zum Heeresdienst nicht zu Ende führen konnten und nach ihrer Entlassung vom Militär weiterlernen wollen.

2. Eine den Lebensverhältnissen und der Geldentwertung angemessene Erhöhung des Kostgeldes (Lohnes) ist eine unerläßliche Notwendigkeit. Die Vollversammlung empfiehlt daher, das Kostgeld (den Lohn) um mindestens 100 Prozent zu erhöhen. Dabei empfiehlt sich eine besondere Berücksichtigung der unter Ziffer 1 Buchstabe b und c bezeichneten Personen.

3. Zur Durchführung der Maßnahmen unter Ziffer 1 ist besonders darauf zu achten, daß durch die Beschäftigung der Lehrlinge mit untergeordneten und häuslichen Arbeiten deren Ausbildung nicht beeinträchtigt wird.

4. Den Lehrherren wird dringend empfohlen, die Kosten für die Einschreibung der Lehrlinge in die Lehrlingsrolle der Innung oder der Handwerkskammer, der Gesellenprüfung sowie der Fach- und Fortbildungsschule zu übernehmen und dies im Lehrvertrage festzusetzen.“

Das sind Anschauungen, die den Bedürfnissen der Zeit Rechnung tragen wollen und die gewiß auch die Zustimmung der Handwerksgehilfen finden werden.

Anders wie in Berlin, sagt man im Lager des Rh.-Westf. Tischler-Innungsverbandes die Dinge auf. Zwar dürfte es keinen Innungsverband und keine Handwerkskammer geben, die sich theoretisch so intensiv mit der Nachwuchsfrage befassen, wie der Verband des Herrn Küfelhaus. Praktisch kommt bei all diesen Erörterungen aber recht wenig heraus. Insbesondere haben sie nicht verhindern können, daß in den Verhandlungen im jedem Kriegsjahre nur etwa 350 Lehrlinge die Lehre beendeten, gegen etwa 1500 in den letzten Friedensjahren. Der Rückgang der Lehrlingsziffer ist also trotz aller Theoretisierens über das Nachwuchsproblem ein geradezu katastrophaler.

Ebenso wenig wie man im Rh.-Westf. Tischler-Innungsverband in bezug auf die gewerkschaftliche Organisation der Handwerksgehilfen Lehre annimmt, ist man auch in der Nachwuchsfrage in Anschauungen besangen, die hier geradezu dogmatischen Charakter tragen. Gewiß sind auch wir uns bewusst, daß mit wirtschaftlichen Erleichterungen allein die Nachwuchsfrage nicht zu lösen ist. Aber ohne die Ermöglichung solcher ist u. G. gar nicht ernsthaft an eine Hebung der heute vorhandenen mangelhaften Verhältnisse zu denken. Trotzdem findet sich der Geschäftsführer eines Innungsaussschusses, der im „Tischlergewerk“ kategorisch erklärt, in der Nachwuchsfrage schiede das Verlangen nach Erhöhung des Lohnes der Lehrlinge vollständig daneben. Herr August, der auf dem Rh.-Westf. Tischlertag in Münster ein Referat über die Nachwuchsfrage erstattete, fand in dem Bestreben, die Entschädigung an den Lehrling zu erhöhen, eine „vollständige Umkehrung der Begriffe“. Sein Behrere, der seinem Schüler eine Kunstfertigkeit beibringe,

zahlte noch Geld obendrein. Das richtige sei vor wie nach, daß der Lehrherr ein Lehrgeld erhalte.

Solche Anschauungen mögen zu anderen Zeiten richtig gewesen sein. Als der Lehrling noch zur Familie des Meisters gehörte und am Tische des Lehrherrn saß, als er eine durchaus gebiegene Ausbildung erhielt und der Weg zu einer angesehenen sozialen Stellung und zu einem guten wirtschaftlichen Auskommen damit für ihn offen war, da mag die Zahlung eines Lehrgeldes an den Lehrherrn Berechtigung gehabt haben. Aber heute, wo der Lehrherr es scheut, den Lehrling am eigenen Tische zu befestigen, wo die Mehrzahl der Lehrlinge keine Aussichten hat, später selbständig zu werden, wo sie sehen müssen, daß der gelernte Arbeiter in seinem Einkommen schlechter steht wie die große Zahl der in den Fabriken tätigen ungelerten Arbeiter, da ist die Zahlung eines Lehrgeldes mehr wie überflüssig. Es wird doch keinem Menschen einfallen, ein Lehrgeld für erlernte Kunstfertigkeiten zu zahlen, die ihm nichts einbringen. Mit dem Gedanken allein, daß im handwerklichen Können große Gefühlswerte liegen, bewirkt man in unserer Zeit, wo der Kampf ums Dasein mit aller Kraft geführt werden muß, keine Zuneigung zum Handwerk. Glaubt man denn etwa allen Erntes, unsere Mittels- und Hochschulen würden nur deshalb besucht, weil sie Wissen und Kenntnisse fördern? Nein, weil alle Eltern, die Kinder auf die höheren Schulen schicken, damit rechnen, daß auf Grund der erworbenen Kenntnisse die Kinder später eine sog. bessere Stellung einnehmen werden, die ein „standesgemäses“ Auskommen verspricht, deshalb entrichten sie das Schulgeld, deshalb verzichten sie auf den frühen selbständigen Broterwerb der Kinder.

Im gleichen Augenblick, wo die Handwerksmeister den Eltern ihrer Lehrlinge den Nachweis erbringen, daß die Handwerkslehre den Jungen ein besseres Auskommen sichert, als es die meisten ungelerten Arbeiten in der Industrie haben, wird der Andrang zur Handwerkslehre auch wieder ein stärkerer werden. Solange sich diese besseren Aussichten aber nicht bieten, schicken die unbemitteltesten Eltern die schulentlassenen Jungen in die Industrie, wo sie sich gleich selbst ihr Brot erarbeiten können. Nur dann wird das Handwerk wieder über den notwendigen Nachwuchs verfügen, wenn die Handwerksmeister selbst einsehen lernen, daß bei ihrer Denkungsart die Handwerkslehre den meisten Eltern als ein recht unsicherer Wechsel auf eine bessere Zukunft der Kinder erscheinen muß. Verzichtet man aber darauf, nicht erfüllbare Verheißungen für die Zukunft in Rechnung zu stellen, so bleibt keine andere Wahl, als den Eltern der Lehrlinge wenigstens eine solche Entschädigung zu zahlen, daß sie ihre Jungen davon auch beschäftigen können. Das Leben ist heute so teuer, daß es der Familie eines Arbeiters gar nicht möglich ist, einen schulentlassenen Jungen, der gar keine oder nur eine nicht nennenswerte Entschädigung vom Lehrmeister erhält, mit durchzufüttern.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 42. Wochenbeitrag im Jahre 1918 für die Zeit vom 13. bis 19. Oktober fällig ist.

Lohnbewegung.

Reheim-Hütten. Die Lohnbewegung der hiesigen Schreiner hat durch eine neuerliche Vereinbarung einen sehr guten Abschluß gefunden. Es erhalten danach die Maschinenschreiner, die bisher auf 1.00 Mk. die Stunde standen, ab 1. Oktober 1.35 Mk., und ab 1. Dezember cr. 1.45 Mk. die Stunde. Die Bankschreiner, die bisher auf 0.80 Mk. die Stunde standen, erhalten ab 1. Oktober 1.15 Mk. und ab 1. Dezember cr. 1.25 Mk. die Stunde. Jugendliche Arbeiter erhalten ab 1. Oktober eine Zulage von 10—15 Pf. die Stunde und ab 1. Dezember nochmals 5 Pf. Die Akkordpreise waren um 45% erhöht. Die Akkordpreise der Packer wurden um 25% erhöht. Mit diesem Abschluß ist Reheim auf die gleiche Stufe mit den Besttraganten der Klasse a des rheinisch-westf. Industriegebietes gebracht.

Berichte aus den Zählstellen.

Wehrdorf O.B. Nachdem vor einiger Zeit sich auch die Arbeiter und Arbeiterinnen der hiesigen Holzwarenfabrik unserem Verbands angegeschlossen haben, wurden dem Arbeitgeber Wünsche auf neue Lohnerhöhung unterbreitet. Durch Verhandlungen unseres Bezirksleiters wurden 5 bis 10 Pfg. pro Stunde bewilligt.

Gewerkschaftliches.

Die **Christlich-Deutschen Gewerksvereine**, die jetzt 30 Jahre bestehen, haben ebenfalls an dem allgemeinen gewerkschaftlichen Auffschwung des Jahres 1917 — wenn auch in bescheidenem Maße wie die christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften — teilgenommen. Am Jahreschluss 1917 betrug ihre Mitgliederzahl 77 113. Allein 45 194 Mitglieder zählt davon der Gewerksverein der Metallarbeiter. Die Einnahmen aller Verbände — einschließlich der besonderen Kranken- und Sterbekassen — beliefen sich im Jahre 1917 auf 2 139 227 M., die Ausgaben auf 1 809 551 M. Das Vermögen der gewerkschaftlichen Haupt- und Ortskassen beträgt 2 891 392 M.

Warte der Anerkennung für das Wirken der Vertreter in der Kriegszeit fand gelegentlich der Einführung des neuen Essener Oberbürgermeisters der Düsseldorf-Regierungspräsident Dr. Kruse. Er sagte: „Als Regierungsvertreter des industriereichsten Bezirks der Monarchie darf ich mir wohl das Urteil gestatten, daß das Zusammenarbeiten mit den Arbeitervertretern während des Krieges eine Lust und Freude war. Die Verhandlungen wurden immer sehr sachlich geführt, hatten ein brauchbares Ergebnis und führten zu einer Entspannung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die für die Zukunft Gutes verspricht.“ — Das sollten sich jene Kreise merken, die bislang einer Gleichberechtigung des Arbeiterstandes entgegenstrebten.

Soziale Rundschau.

Arbeiterschutz und Völkergemeinschaft. In Nummer 40 der „Sozialen Praxis“ veröffentlicht General Ray Graf von Montgelas eine Studie zu dem Buch des Professors Stefan Bauer-Basel über Arbeiterschutz und Völkergemeinschaft, in der der Verfasser dafür eintritt, daß der Krieg wieder gut machen müsse, was er an der Kraft des arbeitenden Volkes verbrochen habe, und daß der Neubau des Arbeiterrechts auf internationaler Grundlage erfolgen müsse. Graf von Montgelas kommt dabei zu folgendem Schlussergebnis:

„Wenn der Völkerverbund scheitert und die Gruppenhändnisse weiter bestehen bleiben, dann kommt der Wirtschaftskrieg, kommt der scharfe Konkurrenzkampf mit jäglicher Ausnutzung der Arbeitskräfte, mit Lohnraub und — trotz aller Ersparungen — mit Lebensnot; dann droht vielleicht sogar Auswanderungsnot und heimlicher Arbeitszwang. Das Interesse der Arbeiterklassen ist somit auch hier wieder mit dem der Gesamtheit unentweder verbunden. Gerade um ihre eigenen berechtigten sozialen Forderungen verwirklicht zu sehen, müssen Arbeiter und Arbeitgeber ihre Bestrebungen auf einen gemeinsamen und allgemeinen Frieden richten. Nur im Schutz des Völkervertrages kann die soziale Gesetzgebung künftig weiter ausgebaut werden. Das Hauptbestreben muß auch für den Sozialpolitiker in erster Linie dahin gehen, politische Sicherungen für einen Sonderfrieden zu schaffen. Das ist ein Friede, bei dem keine Nation, ob groß oder klein, politisch, militärisch oder wirtschaftlich geschwächt ist, ein Frieden, der es für allemal unmöglich macht, daß durch den Übertritt einer Kriegserklärung an einem Tage das ganze Gebilde sozialen Fortschritts zerfallen zusammenfällt, das Generationen mühsam aufgebaut hatten.“

An den deutschen Arbeitern und ihren Führern liegt es wirklich nicht, wenn die sich auf einen Versöhnungs- und Weltfrieden aufbauende internationale soziale Gesetzgebung, noch so geringe Aussichten hat.

Der gutbezahlte Arbeiter — der billigte Arbeiter! Schon immer ist von den Gewerkschaften hervorgehoben worden, daß der bestbezahlte Arbeiter für den Arbeitgeber die billigste Arbeitskraft sei. Dieser Gedanke wollen sich leider die meisten Arbeitgeber nicht zu eigen machen. Aus ihren eigenen Kreisen erhalten sie jetzt eine Abfertigung. Herr Max Pöster, ein Arbeitgeber aus der Keramikindustrie kauft sich zur Lohnfrage in seinem Gewerbe wie folgt:

„Es muß von vornherein ein für allemal ausgeschlossen sein, daß eine Löhne- und Gehälter gedeckelt werden. Überall sind die Ausgaben für die Lebenshaltung außerordentlich gestiegen, und nur bei ausreichender Beschäftigung derselben kann von dem Mann überhaupt etwas verlangt werden. Es muß also nicht nur für diese gesorgt werden, sondern es ist auch darauf zu versichern, daß die Leistungsfähigkeit und die Leistungswilligkeit des Mannes durch seine Entlohnung und durch sonstige Fürsorge für ihn gesteigert und gehalten werden. Billigste Arbeit ist immer schlechteste Arbeit. Beste Arbeit ist immer die wertvollste und gleichsam sparsamste, weil sie sowohl den Mann als auch den Werkstoff am besten ausnützt. Von vornherein also somit dem Gedanken, eine Erschließung der Erzeugung durch Lohnbrüdererzielen zu können und zu wollen.“

Das ist ein durchaus beachtenswertes und zurechtfindendes Urteil.

Der Essener Kriegsbeschädigtenverband macht in letzter Zeit viel von sich reden. Es ist bekannt, daß vor Lagen innerhalb des genannten Verbandes, der sich offiziell „Verband wirtschaftlicher Berechtigungen Kriegsbeschädigter für das deutsche Reich“ nennt, wöchentliche Sitzungen abgehalten werden. Was aber jetzt die sozialdemokratische Presse über die Geschäftsleitung usw. des Essener Verbandes berichtet, ist doch ein wenig hart. Der Vorstand berichtet

z. B. am 17. September, daß von einem Kontrollausschuß festgestellt werden sei, daß der genannte Verband nach mehr als einjährigem Bestehen noch kein ordnungsmäßiges Kassensbuch gehabt habe. Ebenso hätten Belege über die vereinnahmten und verausgabten Gelder gefehlt. Für Reisen seien unglaubliche Gelder liquidiert worden; so habe ein Vorstandsmitglied für eine Reise nach Berlin 1000 M. liquidiert. Die sozialdemokratische „Volkszeitung“ Düsseldorf bringt am 23. September noch weit schlimmere Sachen, welche sie der „Internationalen Korrespondenz“ entnommen hat. Danach wird behauptet, daß man die Beweise dafür in den Händen habe, daß Herr Adorf zur Finanzierung des Essener Verbandes 50 000 M. von der Firma Krupp erhalten habe. Die Opposition im Essener Verband, welche hauptsächlich von den Ortsgruppen des Bezirks Dortmund-Dochum ausgeht, habe in einem Rundschreiben die Vorwürfe gegen die Leitung des Verbandes zusammengefaßt. Es wird da von allerhand Vorkommnissen von unwahren Berichten des Vorstehenden, von eigenmächtigen Verträgen, leichtfertiger Geldwirtschaft usw.) berichtet. Im übrigen heißt es dann in bezug auf die Tätigkeit des Verbandes bzw. des Vorstandes, wie folgt: „In keiner Verbandsvorstandssitzung sind Gegenstände bearbeitet worden wie Rentenerhöhung, Einstellungswang, Unterstützungskassen, Arbeitergenossenschaften usw., weil der Vorsitzende es trotz wiederholter Mahnungen für wichtiger hielt, die Tagesordnungen voll mit Punkten gegen den Reichsverband und die Gewerkschaften zu besetzen.“

Wir setzen davon ab, noch weitere Einzelheiten aus den Berichten der sozialdemokratischen Presse, der wir die Verantwortung für ihre Veröffentlichungen überlassen müssen, zu bringen. Bei dieser Gelegenheit, möchten wir aber bemerken, daß die Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer, welche der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, insbesondere diejenigen, welche unserem Verbande angehören, sich dem vor einiger Zeit gegründeten „Verband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer“, anschließen mögen. Der genannte Verband, an dessen Gründung die christlich-nationale Arbeiterbewegung mitbeteiligt ist, bietet nach jeder Richtung hin die Gewähr, daß die Interessen der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer in richtiger Weise wahrgenommen werden. Auskunft erteilt die Reichsgeschäftsstelle, Berlin SW. 68, Kochstraße 9.

Bernäufliche Anschauungen bekundet das stoll. Generalkommando des 11. Armeskorps in einem Hinweis an die nachgeordneten Stellen bezgl. der kleinen „Dampfer“. Es wird da gesagt: „Es muß vermieden werden, daß man die kleinen Diebe hängt und die großen laufen läßt. Es sollen nicht Leute angezeigt werden, die von Verwandten und Bekannten sich unbedeutende Mengen Waren usw. holen, während Aufkäufer mit Ärden von Eiern und Butter ungeschindert davonkommen. — Da, wo es sich um gewerbetätigen Wucher handelt, greife man zu; aber die, die Zeit und Geld daransetzen, um etwas auf den Mittagstisch zu bekommen oder etwas zur Hebung des gesunkenen Gesundheitszustandes der Familien zu tun, die lasse man ungeschoren. Zum Spaß werden solche Fahrten sicher nicht unternommen.“

Um Arbeit und Brot. Wer von den Kriegführenden am Ende dieses nun über vier Jahre dauernden Ringens sich vom Feinde die Friedensbedingungen diktieren lassen muß, der hat das ganze nächste Jahrhundert schwer daran zu tragen. Um so viel schlechter es dem Unterlegenen geht, genau um so viel besser ergeht es dem Sieger. Diese Wahrheit haben die feindlichen Staatsmänner und ihre Völker in ihrer ganzen Fürchtbarkeit erkannt. Sie bieten deshalb ihre letzte Kraft auf, um den Krieg zu gewinnen und um Deutschland den Frieden diktieren zu können. Alles, auch das Letzte, wird diesem Ziel untergeordnet. Die politischen Bündnisse unserer Feinde, die Hineinziehung neutraler Staaten in den Krieg gegen uns, obwohl wir mit ihnen im tiefsten Frieden labten, die Abschneidung jeglicher Zufuhr und Verbindung mit der übrigen Welt, die brutale Zerstörung des deutschen Handels, die Inbesitznahme der deutschen Kolonien — alles dient dem einen Zweck, uns militärisch und wirtschaftlich zu vernichten. Gibt es angeichts dieses klaren Zieles unserer Feinde noch einen Deutschen, der nicht seine letzte Kraft aufbietet, um diese Absicht zu Boden zu schlagen? Ganz bestimmt, weil sonst harte unabweisliche Folgen wäre. Die neunte Kriegsanleihe zeigt nun näher sich dem Ende. Da gilt es, den Beweis zu liefern, daß wir unseren Feinden den Triumph über das deutsche Volk nicht lassen. Wir beteiligten uns an der Kriegsanleiheversicherung unserer gemeinnützigen Deutschen Volkerversicherung, weil sie unsere Zeichnungskraft ganz außerordentlich stärkt. Es geht um Arbeit und Brot. Da darf keiner zögern.

Aus dem gewöhnlichen Leben.

Holzbeschaffung für Wohnungsbau. Zur Milderung des nach dem Kriege zu erwartenden starken Mangels an Bauholz, welche der dringend notwendigen Herstellung von Wohnungen namentlich der Errichtung von Wohnstätten (Kasernen usw.) in der Kriegszeit hindernis sein wird, ist der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten bereit, an Gemeinwesen, gemeinnützige Verbände oder Gesellschaften (Einzelgewerkschaften) gegen geeignete Holz — nämlich in ganzen Schlägen — aus dem Staatswalde freihändig zur Selbstverwertung unter der Bedingung zu verkaufen, daß die Verwendung des Holzes zu dem gedachten Zweck sichergestellt und jede Ausnutzung dieser Verkäufe zu anderen Zwecken ausgeschlossen wird. Die Abgabe und die Verwertung der Holz würde sich durch langwierige Anwendung langwieriger Beschaffungsorgane, welche im Staatswalde für die Beschaffung des Holzbedarfes mit Kundschaft maßgebend sind. Dem Gemeinwesen wird angetragen, mit der Reg. Regierung wegen Verwertung des Holzes ins Benehmen zu treten. Die wahlberechtigten Gemeinwesen und Arbeiter wollen den Antrag von Bauholz in ihren Bedingungen unter Beachtung der gleichen Regeln nach Möglichkeit folgen.

Meißnitzfabrik, vorm. Johann Faber A.-G. in Nürnberg. Das gute Geschäft hält auch bei diesem Unternehmen an. Für 1917/18 kommen außer 15 Prozent Dividende, wie im Vorjahre, 5 Prozent Sondervergütung zur Verteilung. Außer der Dividende bleiben 100 000 M. (i. B. 150 000 M.) übrig als Rücklage für Lebergang in die Friedenswirtschaft, 300 000 M. (0) zur Fabrikverteilung, 113 083 M. Vortrag auf neue Rechnung. Der Beamtenruhegehaltskasse flossen 200 000 M. zu (100 000 M.), der Rücklag: für Arbeiterunterstützung 100 000 M. (wie i. B.).

Ludwig Gupfeld A.-G. in Böhlitz-Heuberg. Diese Piano-fabrik hat neuerdings auch die Mittelherzeugung aufgenommen. Für das letzte Geschäftsjahr erwartet man an der Börse eine 20 Prozent übersteigende Dividende.

Die **Bereinigten Zigarettenfabriken A.-G. in Kassel und Andernach** hat sich in der Kriegszeit zu „sanieren“ vermocht. Bis zum Kriege waren die Stammaktien dieser Dividendenlos geblieben. In den vier Kriegsjahren betrug ihr Ertragszins 4, 6, 9 und 12 Prozent. Die Vorzugsaktien, die sonst 6 Prozent eintrugen, verzinsten sich im Kriege mit 10, 12, 15 und 20 Prozent.

Ferd. Wendig, Söhne, A.-G. für Holzbearbeitung in Landsberg a. W. Die Dividende dieses Unternehmens beträgt wie im Vorjahre 5 Prozent. — Um eine bessere Rentabilität des Betriebes zu erzielen, wurde die Erzeugung in Warschau und Posen eingestellt, und das Berliner Warenlager verkauft. Die Fabrik in Landsberg soll zwecks günstigeren Anschlusses an Eisenbahn und Schifffahrt verlegt werden. Diese Umgestaltung soll ermöglichen, die ganze Kraft vollkommen auf den Vertrieb der Erzeugnisse an die Großhandlung einzusetzen.

D. Fuchs, Waggonfabrik A.-G. Heidelberg. In den Geschäftsjahren 1910/11 bis 1915/16 verteilte dieses Unternehmen jedesmal eine Dividende von 9 Prozent. Im Jahre 1916/17 betrug die Dividende 10 Prozent und — nach bekannten Mustern — ein besonderer Bonus, 12 Prozent. Schamhafterweise möchte man doch nicht gerne sehen, daß sich die Öffentlichkeit über die Kriegsgewinne des Unternehmens unterhält und sucht man daher durch den Bonus naive Seelen zu täuschen. Auch die „Begehrtheit der Arbeiter“ nach höheren Löhnen hofft man auf diese Weise einzuengen. — Den 23 Prozent des Vorjahres folgen für das letzte Geschäftsjahr 24 Prozent (davon 12 Prozent Dividende und 12 Prozent Bonus). Die letzte Lohnerhöhung, gegen die sich die Direktion so sehr sträubte, hat demnach das Gewinnergebnis des Unternehmens durchaus nicht nachteilig beeinflusst.

Verband rheinischer Wäffelabriken. Unter diesem Namen haben sich die namhaftesten rheinischen Wäffelabriken am 17. August in einem eingetragenen Verein zusammengetan. Sitz des Vereins ist Bonn.

Verband deutscher Pianofortefabrikanten. Die bislang bestehenden beiden Verbände der Arbeitgeber in der Pianofortefabrikation, der „Verein deutscher Pianofortefabrikanten“ (Sitz Leipzig) und die „Freie Vereinigung deutscher Pianofortefabrikanten“ (Sitz Berlin) haben sich nach einstimmig gestatteter Verschmelzung. Der Sitz des neuen Verbandes ist Berlin.

Literarisches.

Oben Hediu, „Jerusalem“. Große Ausgabe, 400 Seiten mit 222 Abbildungen und 2 Karten. (Leipzig, J. A. Brockhaus.) Gebunden M. 20.—

Das künftige Schicksal Jerusalems beschäftigt, wie einst zur Zeit der Kreuzfahrer, ganz Mitteleuropa. Nach der Niederwerfung Rußlands wurde Jerusalem der Brennpunkt des Krieges im Osten. Denn Palästina ist der Westpfeiler der Brücke, die der englische Militarismus von Ägypten über Libanon nach Indien zu schlagen dachte. Hediu bereiste Palästina, nicht lange bevor die Engländer gegen die heilige Stadt vorrückten. Was er in seiner entzückenden und unterhaltenden Erzählungskunst, die Millionen deutscher Leser längst etwas Heimliches geworden ist, von seinen Erlebnissen in Palästina und Syrien bis zur türkischen Westfront in der Nähe des Suezkanals und von den dortigen Zuständen zu berichten weiß, trifft daher wieder einmal ins Schwarze des öffentlichen Interesses. Ebenso reich an fruchtbaren Gesichtspunkten wie in seinem vorigen Werk „Bagdad, Babylon, Ninive“, läßt Hediu auch hier als Hintergrund und lebendigen Gegenwart die Jahrtausende alte Vergangenheit des gelobten Landes in gigantischen Ruinen und Trümmern, in epochenmachenden Ereignissen und Persönlichkeiten der Weltgeschichte wiedererstehen. Ganz naturgemäß spielt daher dieses Werk in einem Hymnus auf den, der als Friedensfürst, von Golgatha aus, durch die zwingende Gewalt seiner göttlichen Liebe die ganze Welt erobert hat.

Jerusalem ist natürlich der Höhepunkt dieser Reisebeschreibung. Wir wandern mit Hediu durch die engen, steilen Stufenstraßen der heiligen Stadt, lassen den Zauber ihrer überartigen Landschaft auf uns wirken und lauschen in ergriffener Andacht den Erinnerungen, die der bibelkundige Führer im Garten Gethsemane, an den Stationen der Via dolorosa und in der Kirche des heiligen Grabes in uns wachruft. Eigentlich „aktuell“ mutet uns die Geschichte der Zerstörung Jerusalems an — jedem drängen sich da Vergleiche mit gegenwärtigen Zuständen auf! — und was er über die Heuschreckensplage zu berichten weiß, zeigt schlagend die Wahrheit der biblischen Erzählungen, die man geneigt war für orientalische Liebererzählungen zu halten.

Der Reichtum des Buches ist damit nicht erschöpft. Da ist das uralte Damaskus mit seiner Omajyadenmaschee, Baalbek mit seinen herrlichen Ruinen aus griechisch-römischer Zeit, der See Genesareth mit Tiberias, Kapernaum und all den Orten, deren Namen jedem Christen und Juden geläufig sind, Nazareth und Bethlehem, Jericho und das Rote Meer. Ein Besuch in den Judenkolonien bei Jaffa gibt Veranlassung zu einer ausschweifenden Erörterung über den Zionismus, und zum Schluß führt dann ein Ausflug an die türkisch-deutsche Front in Ägypten aus so viel Vergangenheit wieder in die nicht minder bedeutungsvolle Gegenwart zurück. Kurz, Hedius' „Jerusalem“ ist keineswegs das geringste unter den Kriegswerken Hedius, im Gegenteil; birgt doch der Stoff selbst Ereignisse, die eben nur im heiligen Lande zu finden sind und diesem Buche eine besonders große Gemeinbe schaffen werden.

Deutsche Freiheit, Deutsche Arbeit, Eure Zukunft sichert Ihr durch eine Kriegsanleihe-Versicherung unserer Deutschen Volksversicherung.